

© inamo Nr. 78, Sommer 2014, Jahrg. 20, S. 61-62.

Die Vereinbarung zu Homs zwischen oppositionellen Kämpfern und dem syrischen Regime hat zu einer Reihe von Spekulationen darüber, was sie genau bedeutet, geführt. In Verbindung mit der kürzlichen Amtsaufgabe des UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi wird beides als Signal einer wichtigen Verlagerung im Kräfteverhältnis, politisch und faktisch, zwischen dem Regime und den Oppositionskräften in Syrien interpretiert. Jadaliyya sprach mit Omar Dahi, Wissenschaftler und Dozent für politische Ökonomie und Mitherausgeber der Syrien-Website von Jadaliyya, über die Einordnung dieser beiden jüngsten Entwicklungen.

### **Omar Dahi über den Rückzug der Rebellen aus Homs**

#### **Jadaliyya (J): Wie, warum und von wem wurde die Homs-Vereinbarung erzielt, und was sind ihren Hauptpunkte?**

**Omar Dahi (OD):** Die Hauptpunkte der Vereinbarung vom 7. Mai sind, dass oppositionelle Kämpfer und Zivilisten die belagerten Viertel von Homs verlassen und in sichere, von Rebellen kontrollierte, Zufluchtsstätten außerhalb der Stadt gehen können; Gegenleistung dafür ist die Freilassung von Gefangenen, die in Homs von der Opposition gefangen gehalten werden, und die Erlaubnis, humanitäre Güter in zwei Dörfer nahe Aleppo zu bringen, die als Regime-nah angesehen werden und die seit etwa zwei Jahren von Oppositionskräften belagert werden. Den Kämpfern wurde erlaubt, leichte Waffen mitzunehmen. Die Vereinbarung hätte ohne massiven iranischen Druck auf das Regime und direkte Verhandlungen zwischen iranischen Vertretern und Oppositionskräften nicht stattfinden können.

#### **J: Ändert diese Vereinbarung das Kräfteverhältnis innerhalb Syriens, und ist das für den syrischen Konflikt von größerer strategischer Bedeutung?**

**OD:** Ja. Auch wenn die Vereinbarung selbst das Kräfteverhältnis nicht verändert hat, so steht sie für den Höhepunkt eines langen Prozesses, bei dem Regimekräfte ständig an Oberhand gewannen und klarere Frontlinien zeichneten, beispielsweise durch die Einnahme von Enklaven der Rebellen in Damaskus und auch ihre Umzingelungen nördlich von Homs und der Küstenregion. Dieser Prozess hat klarere Frontlinien zwischen Gebieten unter bzw. außerhalb der Kontrolle des Regimes errichtet, vom Süden von Damaskus her durch Zentralsyrien bis zur Küstenregion einschließlich der Hälfte von Aleppo. Der Rest des Landes bleibt außerhalb der Kontrolle des Regimes und ist weiterhin in zwei Regionen geteilt, einer autonomen Region im Nordosten, die von kurdischen politischen Parteien dominiert wird, und dem von verschiedenen bewaffneten Milizen umkämpften Rest. Diese faktische Zersplitterung des Landes in drei Regionen verfestigt sich bis heute, alle externen Strippenzieher sind dabei Komplizen, weil sie ihre Position im Land sichern wollen, ohne Rücksicht auf die Einheit oder Interessen Syriens oder seiner Bevölkerung. Jegliche politische Einigung, die aus diesem Prozess resultieren mag, wird ein verwüstetes Land und ein gespaltene Bevölkerung widerspiegeln.

#### **J: Sagt uns die Vereinbarung irgendetwas über einen wachsenden oder schwindenden Einfluss ausländischer Geldgeber, sei es auf Seiten des Regimes oder der bewaffneten Opposition?**

**OD:** Es zeigt den wachsenden Einfluss ausländischer Geldgeber, insbesondere Irans und Saudi-Arabiens. Es gibt viele Analysen dazu, wie sich die Opposition über die letzten drei Jahre verändert hat, aber nicht soviel zum Regime selbst. Das ist nicht mehr dasselbe Regime wie vor drei Jahren. 2011 war es ein relativ autonomes Regime mit externen Verbündeten. Heute untersteht es sehr viel mehr seinem Hauptverbündeten Iran - militärisch, finanziell und politisch. Derweil das Regime an Autonomie verliert, hat die politische Opposition nie eine gehabt. Der Syrische Nationalrat (SNC) und nun die Nationale Koalition syrischer revolutionärer und Oppositionskräfte (National Coalition for Syrian Revolutionary and Opposition Forces) waren von Anbeginn an Regionalmächten, insbesondere Saudi-Arabien, Qatar und der Türkei, verpflichtet. Deswegen spiegeln Umstrukturierungen bei der Führung und der Struktur dieser Organisationen keinen Wandel, der von Syrien ausgeht, wider, sondern Rivalitäten und wechselnde Prioritäten ihrer Geldgeber. Die bewaffneten Oppositionen, und ich benutze den Plural absichtlich, hängen ebenfalls vom Geld- und Waffenfluss ab, und sie bekämpfen sich zunehmend gegenseitig um die Kontrolle von Gebieten außerhalb der Kontrolle des Regimes, statt dass sie das Regime bekämpfen. Um diesen Prozess zu bekämpfen, muss der Kampf für die Rechte der Syrer neu ausgerichtet werden, als einer gegen die Realität und die Logik der Militarisierung, Konfessionalisierung und ausländischen Einfluss und Kontrolle.

**J: Erwarten Sie, dass ähnliche Vereinbarungen für andere Gebiete wie z.B. Aleppo erzielt werden könnten?**

**OD:** Ich wäre nicht überrascht, wenn es ähnliche Vereinbarungen in Aleppo gäbe, besonders angesichts der kommenden saudisch-iranischen Gespräche. Syrer, seien sie vertrieben oder nicht, sind kriegsmüde. Die meisten würden vermutlich jegliche Bewegung in Richtung eines Waffenstillstandes, einer Verbesserung der Sicherheitslage und einer Rückkehr eines normalen Wirtschaftslebens unterstützen. Das bedeutet nicht, dass wir uns zwangsläufig in Richtung eines stabilen Gleichgewichtes bewegen. Die nächste Zeit bringt wahrscheinlich mehr Teilung und Fragmentierung innerhalb der sich bekriegenden Lager als zwischen den Lagern. Dies gilt genauso für das Regime und seinen Milizen. Es gibt auch Differenzen zwischen den Verbündeten. Wir wissen um die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Qatar, aber auch das syrische Regime und Iran sind sich auch nicht einig.

Aktuell scheint es, dass Iran wahrscheinlich mehr in Richtung irgendeiner Art von Vereinbarung drängt. Es gibt noch andere Probleme. Das Regime hat nicht das Geld für einen Wiederaufbau, und wer immer die Rechnung bezahlt, wird einen politischen Preis verlangen. Es gibt das Problem der Binnen- und der Außenflüchtlinge. Sobald sich die Kämpfe beruhigen, werden die Gastländer die Flüchtlinge drängen, nach Syrien zurückzukehren. Es gibt im Libanon bereits Verlautbarungen von Vertretern beider Blöcke, dass die Flüchtlinge nach Syrien zurückkehren sollen, gleich, ob in Gebiete, die vom Regime oder von den Rebellen gehalten werden. Und es gibt auch noch die Gründe hinter der Erhebung von 2011. Kriegsmüdigkeit mag zu Waffenstillständen führen, aber sie mündet nicht in Frieden, wenn es keinen Übergang gibt, der sich auf Grundrechte bezieht und sich in Richtung einer umfassenderen politischen und wirtschaftlichen Ordnung bewegt.

**J: Gibt es eine Verbindung zwischen dieser Vereinbarung und den Präsidentschaftswahlen, die für den 3. Juni ausgerufen sind?**

**OD:** Ja und nein. Nein, weil der Zeitpunkt zufällig ist, weil der Homs-Deal nicht das Ergebnis einer Initiative des Regimes war. Dennoch erlaubt es dem Regime zu behaupten, dass es die Kontrolle über wichtige Gebiete in Syrien zurück gewonnen hat, und es kann seine Macht über weite Teile des Landes trotz dreier Jahre Krieg zeigen.

**J: Was bedeutet die Amtsaufgabe des UN-Syrien-Beauftragten Lakhdar Brahimi, und was ist dessen mögliche Bedeutung für Bemühungen der UN zum Thema Syrien-Krise?**

**OD:** Der Brahimi Rücktritt kam nicht überraschend, weil seine Mission abgelaufen war. Das erhoffte Ziel von Genf war die Bildung einer Übergangs-Einheitsregierung und ein Aufschieben der Präsidentschaftswahlen, bis die Genfer Verhandlungen abgeschlossen waren.

Aber die Realitäten vor Ort, und besonders das militärische Vorrücken des Regimes, implizieren, dass der Genfer Prozess mehr oder weniger beendet ist. Der wichtigste Strippenzieher, Iran, wurde von den Genfer Gesprächen ausgeladen. Direkte Verhandlungen zwischen Iran und Saudi-Arabien, wie sie aktuell außerhalb einer UN-Schirmherrschaft geplant sind, sind zumindest ein aufrichtigerer und direkterer Ansatz als die Fassade inner-syrischer Gespräche. Dies ist das traurige und bittere Ergebnis, das Resultat eines Regimes, das sich um jeden Preis an der Macht halten sollte, und einer politischen Opposition, die es ungeachtet der Konsequenzen beseitigen sollte.

Die Rolle der UN beschränkt sich hierbei überwiegend auf humanitäre Hilfe und ökonomische Erholung. Was diesbezüglich erforderlich ist, hat es in der Geschichte der UN bisher, im Zusammenhang mit einer einzigen Krise, noch nicht gegeben. Sie mag künftig eine Rolle spielen, wenn es eine Vereinbarung zu Friedenstruppen geben sollte, aber das scheint weit in der Ferne zu liegen.

*Omar S. Dahi, Dozent für politische Ökonomie, Hampshire College. Erschienen in [www.jadaliyya.com](http://www.jadaliyya.com), 18. Mai 2014. Aus dem Englischen von Thea Geinitz.*